

Seznam příloh

Příloha č. 1: Rozhovor s Günterem Gloserem (autorizovaný přepis řízeného rozhovoru)

Příloha č. 2: Rozhovor s Günterem Verheugenem (autorizovaný přepis řízeného rozhovoru)

Příloha č. 1: Rozhovor s Günterem Gloserem

Projekt: Evropská politika SPD v době rudozelené koalice.

Profesionalizace, modernizace, odcizení.

Narátor: Günter Gloser

Tazatel: Tomáš Malínek

Datum: 19. ledna 2012

Čas: 16:15 – 16:33

Místo: Paul-Löbe-Haus, Deutscher Bundestag,
Berlín (Spolková republika Německo)

Autorizováno: 8. května 2012

T. M.: Können Sie beschreiben, wie der europapolitische Teil des SPD-Wahlprogramms entsteht?

G. G.: Es ist so, dass das europapolitische Thema nicht erst dann in den Fokus rückt, wenn ein Wahlprogramm zu erstellen ist - wie das beispielsweise auch für andere Themen gilt. Es gibt in der SPD verschiedene Ebenen – von den Ortsvereinen über Landesverbände bis zum Bundesverband der SPD, die sich mit den Themen beschäftigen und Anträge erarbeiten. Wenn beispielsweise ein Sonderparteitag zu einem ganz bestimmten Thema stattfindet, werden Vorschläge von der Basis eingebracht und man versucht, verschiedene Initiativen zu einem in sich geschlossenen Programmpunkt „Europa“ zusammenzufügen, der dann auch für den europapolitischen Teil eines Parteiprogramms bei einer Bundestags- oder Europawahl verwandt wird. Das ist die eine Ebene. Aber dazu kommt, dass wir in der SPD seit vielen Jahren unter unterschiedlichen Bezeichnungen beim Parteivorstand eine Kommission oder einen Arbeitskreis angesiedelt hatten und haben, der sich mit dem Thema Europapolitik beschäftigt.

Dieser hat das Ziel, die verschiedenen Akteure in der Europapolitik, also Bundes- und Landespolitiker, Mitglieder des Europaparlaments, Sachverständige aus dem Vorstand und aus den Ländern zusammenzubringen, um Positionen zu erarbeiten. Das heißt, diese Kommissionen und diese Arbeitskreise äußern sich zu ganz bestimmten Themen oder erarbeiten Vorschläge für Anträge, die dann an den Parteivorstand gehen. Diese sind die Grundlage für die weitere Beratung und fließen in ein Programm ein.

T. M.: Welche Position hat die SPD-Bundestagsfraktion in diesem Prozess?

G. G.: Natürlich hat die Bundestagsfraktion über viele Jahre hinweg Positionen erarbeitet, insbesondere zu aktuellen Themen. Das heißt, sie muss mehr oder weniger im Alltagsgeschäft die Dinge umsetzen, auf die man sich in einem Wahlprogramm verständigt hat. Es versteht sich von selbst, dass Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion gleichzeitig auch Mitglieder der „Kommission Europapolitik“ und in den entsprechenden Arbeitskreisen sind. Ich will nicht sagen, dass die Fraktion als Ganzes ein eigenständiger Impulsgeber ist, sondern es sind die Akteure der Bundestagsfraktion in Arbeitskreisen, in bestimmten Kommissionen, welche Anstöße und ihre Impulse geben.

T. M.: Die Kommissionen und die Bundestagsfraktion diskutieren verschiedene Themen. Erinnern Sie sich an eine Situation, in der die Bundestagsfraktion eine ganz andere Meinung als die Parteiführung hatte?

G. G.: Bei allen Diskussionen, die es gegeben hat, erinnere ich mich nicht an eine solche konfrontative Situation. Es gab sicherlich auch oftmals Streitpunkte, aber die sind eben am Schluss dann auch unstrittig gestellt worden, weil man eine Kompromisslösung gefunden hat. Es ist nie zu diesem „Clash“ gekommen.

T. M.: Bleiben wir dann bei den Kommissionen des Parteivorstands. Sind diese Kommissionen wirklich der Ort, wo die Hauptlinien der SPD-Europapolitik gezeichnet werden? Können Sie das mit der Situation vor und nach 1998 vergleichen?

G. G.: Wir waren natürlich auch in der Opposition bis 1998 anders aufgestellt, in der Partei wie in der Fraktion. Es gab damals noch keine oder keinen stellvertretende/n Fraktionsvorsitzende/n für Europapolitik wie heute oder aber in den letzten Jahren. Es gab u.

a. das Thema Europa, welches besonders hervorgehoben wurde. Die zuständige Kollegin moderierte auch diese „Schwerpunktkommission Europapolitik“ in der SPD. Wir haben Vorschläge erarbeitet, die dann von dieser Kommission an den Parteivorstand weitergegeben wurden. Es waren verschiedene politische Ebenen aus den Länderparlamenten und verschiedene Institutionen in dieser „Schwerpunktkommission Europa“ vertreten. Insofern war das ein stabiler Faktor, um dann einen entsprechenden Vorschlag, einen entsprechenden Programmteil für Europa zu erarbeiten.

T. M.: In der Literatur wird das Thema Europapolitik ganz oft als ein „Sonderthema“ für eine relativ kleine Gruppe der Parteexperten beschrieben. Gilt das auch heute?

G. G.: Ich glaube, es ist richtig gewesen, dass wir – wie zu anderen Themen auch – eine eigene „Kommission Europapolitik“ gebildet haben. Aber der große Unterschied zu früheren Jahren, also den 90er Jahren, auch vielleicht noch bis zum Anfang des neuen Jahrzehnts, ist der, dass aufgrund von verschiedensten Entwicklungen in der Europäischen Union das Interesse heute weitaus größer ist als noch in den 90er Jahren. Manche haben es sich in den 90er Jahren vielleicht zu einfach gemacht. Sie haben gesagt: „Ah, Europa, das machen die Europapolitiker...“ Mittelweile haben viele festgestellt, dass die Europapolitik eigentlich keine Außenpolitik ist, sondern Innenpolitik, da so viele Lebensbereiche erfasst werden. Früher meinten viele: „Hier ist der Europaausschuss zuständig. Da brauchen wir uns nicht zu kümmern.“ Das hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert, weil die Kolleginnen und Kollegen gemerkt haben – in den Parlamenten wie in der Partei – wieviele Lebensbereiche durch europapolitische Entscheidungen berührt werden. Die Folge ist, dass Europapolitik schon längst nicht mehr nur von Einzelnen gestaltet wird. Aber wie gesagt, es ist kein Gegensatz dazu, dass weiterhin eine europapolitische Kommission beim Parteivorstand existiert.

T. M.: Kann man sagen, dass die Zeit der rot-grünen Regierung die Zeit der Wende in diesem Bereich war? Oder ist das ein langer Prozess?

G. G.: Wir Europapolitiker wollten mehr Interesse für europapolitische Themen in der Partei wecken, denn die Bedeutung wurde vielfach verkannt. Europapolitik wurde zu abstrakt, zu technisch, zu institutionell betrachtet. Und obwohl auf einem Parteitag, der 2001 in Nürnberg - meiner Heimatstadt - stattgefunden hat, die sogenannten „europapolitischen Leitlinien“

verabschiedet wurden, war Europapolitik doch wieder zwei, drei Tage später lediglich das Thema der sogenannten Europaexperten. Ich meine, dass durch die ganze Diskussion über eine Verfassung in Europa, einen Verfassungsvertrag, und viele einzelne Punkte mit konkreten Auswirkungen plötzlich das Interesse breiter geworden ist. Das fand noch in der Zeit der rot-grünen Koalition statt, als plötzlich viele „aufgewacht“ sind wegen eines Entwurfs für eine europäischen Dienstleistungsrichtlinie. Und das war, um es mit Worten der Bibel auszudrücken, für viele das Damaskus-Erlebnis. Zuerst hieß es: „Wir interessieren uns nicht. Das sollten die Europäer machen.“ Und dann kam dieser Entwurf, diese Dienstleistungsrichtlinie, und plötzlich haben selbst die Bürger zu Hause, die keine Europafachpolitiker waren, gemerkt, wie viele Institutionen plötzlich tangiert waren. Erinnern wir uns auch an Frankreich, wo bei dieser Debatte gesagt wurde: „wir haben Angst vor polnischen Klempnern...“ Plötzlich fühlten sich viele angesprochen auch aus den Feldern der Gesundheitspolitik, der Bildungspolitik und Wirtschaftspolitik. Und das hat ein Umdenken eingeleitet. Die gegenwärtige dramatische Diskussion zur Finanz- und Schuldenkrise hat natürlich dem Thema nochmals „Drive“ gegeben. Also weitaus mehr Leute befassen sich heute mit diesem Thema als das noch vor 10 Jahren der Fall war.

T. M.: Kann man das als eine „Professionalisierung“ der Europapolitik beschreiben?

G. G.: Ja, alles ist durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausgelöst worden. Es gab eine Diskussion (2004/2005) darüber, welche Rechte braucht das Parlament, um aktiv die Europapolitik zu beeinflussen. Und durch diese Debatte ist auch der Funke von den Fachpolitikern auf die vielen anderen Kolleginnen und Kollegen im Parlament übergesprungen, nicht zuletzt auch in der SPD.

T. M.: In der Zeit der rot-grünen Regierung hatte die Partei drei Parteivorsitzende: Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder und Franz Müntefering. Können Sie die europapolitischen Prioritäten von Gerhard Schröder und Franz Müntefering vergleichen?

G. G.: Ich glaube, Gerhard Schröder vollzog einen Lernprozess, denn als Ministerpräsident hat er noch gelegentlich sehr kritisch über „die da in Brüssel“ gesprochen. Er hat sich sehr schnell nach der Regierungsübernahme umorientiert, nicht zuletzt weil Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 innehatte. Unter seiner Führung als Parteivorsitzender und durch Abstimmung mit den Akteuren, die ich vorher genannt habe,

sind entsprechende Initiativen entstanden, eben die europapolitischen Leitlinien der SPD für den Parteitag 2001. Es ging vor allem um ein „Soziales Europas“ und darum, die Fixierung auf den Binnenmarkt und die Wirtschaft zu korrigieren. Ich glaube, dass war bei ihm die Weichenstellung.

Bei Franz Müntefering war das ein bisschen anders. Franz Müntefering hat eben auch durch die gewonnene Nähe zu bestimmten Akteuren und zur Themenvielfalt festgestellt, dass er selbst dem Thema Europäische Union oder Europapolitik nicht die Aufmerksamkeit geschenkt hat, die es verdient. Er erinnert sich an die Geschichte des Kontinents, die Einstellungen seiner Eltern zu den Nachbarn. Er sah und sieht die Europäische Union als ein Friedensprojekt – der große Vorteil für diese Generation im Gegensatz zu den Generationen vor uns, die im letzten Jahrhundert zwei Weltkriege erlebt haben. Aber er unterstrich auch den Akzent des Sozialen. Denn es geht nicht nur um Wirtschaft oder Währung, sondern es geht auch darum „wo können wir in der Europäischen Union Initiativen ergreifen, um soziale Standards zu formulieren?“

T. M.: Herr Gloser, vielen Dank für das Gespräch.

Příloha č. 2: Rozhovor s Günterem Verheugenem

Projekt: Evropská politika SPD v době rudozelené koalice.

Profesionalizace, modernizace, odcizení.

Narátor: Günter Verheugen

Tazatel: Tomáš Malínek

Datum: 6. února 2012

Čas: 12:30 – 13:00

Místo: Europa-Universität Viadrina, Frankfurt nad Odrou (Spolková republika Německo)

Autorizováno: 3. dubna 2012

T. M.: Als Regierungspartei hat die SPD die Osterweiterung der EU immer eindeutig unterstützt. Trotzdem war dieses Thema ganz sicher für manche Wähler und Parteimitglieder nicht unumstritten. Welche Teile der Partei waren besonders kritisch? Was waren die Argumente der Kritiker?

G. V.: Es gab zwei verschiedene Gruppen, möchte mal sagen, in der SPD, die die Osterweiterung nicht gerne gesehen haben oder sogar dagegen waren. Die politisch wichtigste, das waren die Leute wie zum Beispiel Peter Glotz. Professor Peter Glotz, der als bedeutende Vordenker der SPD galt, auch zu den wichtigsten Außenpolitikern gehörte. Guter persönlicher Freund von mir. Peter Glotz vertrat die These, dass diese große Erweiterung den Charakter der europäischen Einigung vollständig verändern würde, und dass sie zur „Renationalisierung“ führen würde und dass aus diesem Weg Europa zurückfallen würde in eine große Freihandelszone. Er glaubte, dass das Ziel der politischen Einigung Europas durch diese große Erweiterung behindert würde. So dachten manche in der SPD. Peter Glotz war ihr Wortführer und ich habe in diesem Streit mit Peter Glotz lange Zeit ausgetragen. Es tut mir heute etwas weh. Unsere letzte Begegnung, das war in Locarno in der Schweiz, wo ich einen

Vortrag hielt, und er war da. Das muss gewesen sein...2005. Und da haben wir uns wieder sehr heftig mit dieser Frage gestritten. Obwohl die Erweiterung daher schon geschehen war. Kurz darauf ist er gestorben. Das war unser letztes Treffen.

Und die anderen, das waren die klassischen Sozialpolitiker, das war der Gewerkschaftsflügel in der SPD, der nicht prinzipiell gegen die Erweiterung war. Sie hatten aber eine große Besorgnis, weil sie dachten: „das führt zu einer zu starken Belastung für den deutschen Arbeitsmarkt.“ Das waren besonders die Polen aber auch andere Länder. Tschechien war da eigentlich nicht so sehr eine Frage. Aber die Polen natürlich: „die werden in Massen nach Deutschland kommen und als billige Arbeitskräfte sich anbieten und die deutsche Arbeitskräfte wegnehmen.“ Das hat eine große Rolle gespielt. Es war eine ganz klare Bedingung der rot-grünen Bundesregierung, dass eine Übergangsfrist ausgehandelt werden musste im Bezug auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Davon musste ich aber nicht überzeugt werden. Ich hatte diese Forderung, als ich selber noch in der Opposition war, schon öffentlich erhoben. Nicht, weil ich davon ökonomisch überzeugt war, dass das wirtschaftlich unbedingt nötig wäre. Aber politisch war ich davon überzeugt, weil mir klar war, dass es in Deutschland keine politische Zustimmung für den Beitritt der Nachbarstaaten geben würde, wenn diese Fragen nicht gelöst waren. Nachhinein hat sich gezeigt, dass ich damit recht hatte. In einem ganz anderen Sinn hat sich auch gezeigt, dass es für die Volkswirtschaft der Polen, der Tschechen besser war, dass die Arbeitskräfte zunächst auf dem Ort bleiben.

Also, das sind die beiden. Das ist dann aber relativ schnell gelungen während des Prozesses den Gewerkschaftsflügel in der SPD davon zu überzeugen, dass wir auf dem richtigen Weg waren und die ganz grundsätzliche Opposition zu Erweiterung, wie sie etwa Peter Glotz formuliert hatte, verstummte dann irgendwann. Ich bin gar nicht sicher, ob es formelle Parteitagebeschlüsse der SPD zur Erweiterung gegeben hat. Ich weiß gar nicht. Ich glaube, dass die Partei eigentlich mehr den Regierungshandeln gefolgt hat. Das hat allerdings in der Zeit vor der Regierungsübernahme, als ich der Koordinator war für die internationale Politik der SPD, habe ich den damaligen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine, der auch eher skeptisch war gegenüber der Erweiterung, dazu gebracht, nach Prag und nach Warschau zu reisen und dort auch klare Zusage zu machen. Das war sehr sehr wichtig.

T. M.: Bleiben wir beim Thema der Erweiterung der Europäischen Union. Wie hat sich der innerparteiliche Diskurs zum Thema „EU-Beitritt der Türkei“ in der Zeit der rot-grünen Regierung geändert?

G. V.: Ja, das ist ein sehr sehr heikles Thema. Hier die Schlüsselfigur in dieser Frage ist Gerhard Schröder. Ich war sein Berater für Außen- und Sicherheitspolitik als er der Kanzlerkandidat war. Also, im Jahre 1998. Und ich war zum Ergebnis gekommen, im Laufe des Jahres 1997 schon, dass man der Türkei eine faire Chance geben musste. Meine Einschätzung war damals geteilt wurde von den meisten Außenpolitikern in der SPD, dass die feste Einbindung der Türkei in die europäischen Strukturen absolut notwendig war und vor allem auch in unserem Interesse lag. Und Gerhard Schröder war in dieser Frage eher skeptisch. Er hat relativ häufig aus Instinkt gehandelt und sein Instinkt sagte ihm, dass das Thema „Türkei“ und „Türkei Beitritt“ in Deutschland nicht so populär ist und er war ursprünglich ganz bestimmt kein Befürworter. Dann kam es im Jahre 1998 im Sommer zu der üblichen Reise, oder bis dahin üblichen Reise muss man sagen, des Kanzlerkandidaten der Opposition nach Washington. Was ist eine Tradition gewesen. Und Schröder wollte nicht. Ursprünglich wollte er gar nicht machen... Aber wir haben ihm überzeugt, dass das wichtig war, weil die Amerikaner ja doch ein bisschen Misstrauen, ein tiefes Misstrauen, gegenüber der rot-grünen Regierung hatten. Wir haben ihm gesagt: „es ist ganz wichtig den amerikanischen Präsidenten überzeugen, dass du ein verlässlicher Partner für ihn bist.“ Diese Gespräche mit Präsident Clinton haben wir lange vorbereitet und meine Empfehlung war: offensiv in diesem Gespräch das Thema „Türkei“ anzugehen. Ich habe ihm gesagt, wenn es etwas amerikanischen Präsidenten wirklich interessiert in dieser jetzigen Situation, dann sind das zwei Fragen: die erste ist die „Kosovo-Frage“ und das andere die „Türkei-Frage.“ Bei der „Kosovo-Frage“ kann man in diesem Augenblick nichts festlegen aber bei der „Türkei-Frage“ könnten wir den amerikanischen Präsidenten eine klare Aussage geben, dass die deutsche Politik sich ändert gegenüber der Türkei und dass sie den Beitritt der Türkei aktiv vorantragen wird. Wir haben das lange diskutiert. Schröder hat sich intensiv mit der Materie befasst. Und es ging dann genau so wie ich gehofft hatte. Clinton war hoch interessiert an diesem Thema. Das Gespräch dauerte viel viel länger als geplant in Washington. Und das war der Einstieg in eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Gerhard Schröder als Bundeskanzler und Bill Clinton als Präsident. Dann muss man ihn würdig so gut behalten, dass er auch mit dieser Linie geblieben ist.

Er hat schon in ersten Monaten seiner Amtszeit versucht den Beschluss von Luxemburg 1997 zu korrigieren, den Kandidatenstatus für Türkei durchzusetzen. Das war im Juni 1999 beim Europäischen Rat in Köln. Das scheiterte aber noch, unter anderen an Jean Claude Juncker und einigen anderen „Kleineren.“ Und weil die Zusicherung der Türkei gegeben hatten, da muss es ausreichen. Ich konnte das dann durchsetzen beim Europäischen Rat in Helsinki ein halbes

Jahr später. Aber da muss ich ganz klar sagen, mit dem eindeutigen Unterstützung von Gerhard Schröder, Tony Blair und Jacques Chirac. Sonst wäre das nicht so gegangen. Aber vor allem die Änderung der deutschen Haltung war in dieser Frage absolut zentral. Die Partei ist nicht gefragt worden in der Sache. Und ich glaube auch nicht, dass in dieser Sache ein Parteitagsbeschluss oder etwas gibt. Auch hier folgte die Partei den Regierungshandeln. Das Knurren oder der Widerstand gegen dieser Politik in der SPD war immer groß. Ist groß bis auf den heutigen Tag. Heute noch so, wenn ich überhaupt in Parteiveranstaltung gehe, wird das das Thema, das immer sehr kontrovers diskutiert wird. Ich muss sagen, dass im Laufe der Jahre sich das Meinungsbild in der SPD geändert hat. Vom negativen zum positiven. Ich bin ziemlich sicher, dass die damalige Haltung von Gerhard Schröder und von mir und einigen anderen ursprünglich nicht die Mehrheitsmeinung der SPD war. Aber im Laufe der Jahre änderte sich das. Ich würde heute sagen, dass es wohl eine Mehrheit in der SPD-Mitgliedschaft, möglicherweise auch in der Wählerschaft, für den Türkei-Beitritt gibt. Das hängt auch damit zusammen, dass die SPD sehr viele türkische Parteimitglieder hat. Das ist ein sehr starker Einsatz für die Integration. Aber das ist eben ein allmählicher Prozess gewesen. Das war viele Jahre lang eine hoch kontroverse Angelegenheit und ist es nach wie vor für manche prominente Sozialdemokraten, wie Helmut Schmidt zum Beispiel, der nach wie vor sehr energisch dagegen ist.

T. M.: Ein großes Thema dieser Zeit war auch die „Finalitätsdebatte“. Wie reagierte die SPD auf die „Humbolt-Rede“ von Joschka Fischer?

G. V.: Also, ich war da schon in Brüssel. Ich kann dazu wenig sagen. Nach meinem Gefühl ist diese Rede in der SPD eher parteitaktisch bewertet worden als europapolitisch. Meine Erinnerung ist, dass es in der SPD nicht zu einer europäischen Diskussion geführt hat. Also der Anstoß, den Fischer möglicherweise geben wollte, ist von der SPD jedenfalls nicht aufgegriffen worden. Ich denke, dass in der SPD das Gefühl vorherrschte, dass Fischer sich einfach ein neues Thema erfunden hatte. Man kann nicht sagen, dass Fischer bis dahin besonders engagiert war in klassischen europapolitischen Themen. Während unserer Zusammenarbeit, ein Jahr war ich als Staatsminister bei ihm, hat er Europa vollkommen mir verlassen. Die „Humbolt-Rede“ war, auch nach meinem Verständnis, für Fischer eine Art neuer Start als Außenminister. Er hat sich ein neues Thema für sich entdeckt. Davor war er irgendwie weggetaucht. Eine Phase der Inaktivität oder Depression? Ich weiß es nicht. Mit dieser „Europa-Rede“ meldete er sich politisch wieder zurück auf die Bühne. Und das ist

damals auch von den Medien so bewertet worden, als ein eher innenpolitischer Akt. Ich selber fand diese Rede eher unlogisch, finde ich auch heute noch. Es ist jedenfalls nicht richtig, dass es mit dieser Rede sozusagen die Debatte über die Zukunft Europas wieder im Gange gekommen wäre. Die lief längst auch ohne dieser Rede. Und da hat Fischer die entscheidenden Fragen in dieser Rede auch nicht beantwortet. Wenn er die „Vereinigten Staaten von Europa“ bilden will, eine politische Union, wie organisiert man sie? Er sagt das nicht. Jetzt, nach seiner zweiten Amtszeit, wird das ganz klar. Da sagt er: „Man muss den europäischen Zentralstaat schaffen.“ Ich bin nach wie vor dagegen. Ich will das nach wie vor nicht. Aber in der „Humbolt-Rede“ hat er das nicht gesagt. Er hat nur das Problem beschrieben und hat mögliche Strukturen beschrieben. Ich kann nur sagen, dass das, was Fischer in dieser Rede beschrieben hat, habe ich als einen institutionellen „Albtraum“ empfunden. Eine Union in der Union, zwei Kommissionen... Nach meiner Wahrnehmung, aber ich muss da wirklich sagen, ich war schon in Brüssel zu der Zeit und an den innerparteilichen Diskussionen nicht so beteiligt, hat das in der SPD keinen großen Widerhall gefunden, wenn überhaupt. In dieser Zeit gab es keine nennenswerte Diskussion in der SPD zu Europa. Das muss man leider sagen.

T. M.: Dann bleiben wir in Brüssel beziehungsweise in Straßburg. Die Europawahlen 1999 und 2004 haben die europäische Sozialisten stark geschwächt. Das gilt auch für die Zahl der SPD-Abgeordneten im Europaparlament. Glauben Sie, dass der Einfluss der Europaabgeordneten auf die Bildung der SPD-Europapolitik nach 1999 und 2004 reduziert wurde?

G. V.: Das glaube ich nicht. Der Einfluss war vorher schwach und blieb schwach. Dieser Einfluss wurde stärker, als Martin Schulz der Fraktionsvorsitzende wurde und Martin Schulz eine stärkere Rolle auch in den Parteigremien einnahm. Bis dahin, nach meiner Beobachtung, hat die Fraktion im Europaparlament in der Parteiführung keine wesentliche Rolle gespielt. Nach 2004 hat sich das nicht geändert. 2009 war die Rolle schon stärker, weil da Martin Schulz schon diese Position eingenommen hat. Das katastrophale Ergebnis bei der Europawahl 2009 hatte interessanterweise keine Rückwirkung. Oder man hat Martin Schulz nicht angerechnet. Er musste nicht die Verantwortung für das schlechte Wahlergebnis übernehmen. So wie Rudolf Scharping im Jahre 1994. Das hat nicht an ihm gelegen. Die Europawahl 2009 hat schon vorherbestimmt, wie das Ergebnis der Bundestagswahl sein würde. Das zeigte ihm schon die Schwäche der SPD. Zurzeit würde ich jedenfalls sagen, der

Einfluss der Europaabgeordneten auf die Europapolitik der SPD grösser als er früher war. Das hängt aber tatsächlich von einer Person ab, wie so häufig in der Politik. Nicht die Strukturen sind entscheidend, sondern die Personen in den Strukturen. Und das ist hier eindeutig so. Martin Schulz ist Fraktionsvorsitzende geworden, die Arbeit der Europaabgeordneten hat stärkeres Gewicht als früher. Aber in der Zeit, in der ich die Erweiterungspolitik gemacht habe, spielten die sozialdemokratische Abgeordneten im Europäischen Parlament im Meinungsbildungsprozess in der SPD keine große Rolle. Für mich nicht.

T. M.: Können Sie die europapolitische Prioritäten von Gerhard Schröder und Franz Müntefering vergleichen?

G. V.: Also, welche hatte Müntefering, das weiß ich nicht. Ich habe Franz Müntefering ein einziges Mal in Brüssel erlebt. Da machte er einen Besuch in Brüssel. Ich weiß gar nicht, was er zu diesem Zeitpunkt war. Ob Generalsekretär oder Parteivorsitzende. Ich glaube, er war Parteivorsitzende. Und das war ein sehr schwacher Auftritt. Sehr schwach. Für mich zeigte sich, dass er wenig Ahnung hatte und wohl auch wenig Interesse. Das Interesse von Franz Müntefering an europäischen Fragen war eher gering. Ich glaube nicht, dass er sich mit den großen konzeptionellen Fragen, wie es mit Europa weiter gehen soll, viel befasst hat. Ich habe mit ihm zu tun gehabt, als er Arbeitsminister war. Da ging es um die Fragen wie Arbeitnehmerrechte in Europa, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Mindestlohn. Das war eine große Diskussion. Das waren seine Themen. Aber ich glaube nicht, dass Franz Müntefering ein europapolitisches Konzept hatte.

Gerhard Schröder ist kein Visionär oder Theoretiker. Er ist an die Europäische Union herangegangen mit einer großen Skepsis. Mit der Erfahrung eines deutschen Landes - Ministerpräsidenten empfand er Brüssel eher als eine Bedrohung. Er war ein paar Wochen Bundeskanzler, da hatten wir einen Parteitag zur Vorbereitung der Europawahl 1999. Also, das war im Dezember 1998. Und er hat dort gesagt: „Die verbraten in Brüssel unser Geld.“ Ich bin fast in Ohnmacht gefallen. Das stand nicht im Manuskript. Die Rede war von mir, im wesentlichen. Aber das habe ich natürlich nicht geschrieben. Mit diesem Ansatz hatte er eine sehr pro-europäische Rede, die ich ihm vorbereitet hatte. Es hat dann viel viel Zeit und Mühe gekostet den Schaden, den mit dieser Bemerkung angerichtet worden, wieder gutzumachen. Schröder wurde zu überzeugenden Europäer in der Praxis. Er hat gemerkt, wie wichtig die europäische Integration für Deutschland ist, und hat auch gemerkt, wie wichtig ist Deutschland für die europäische Integration. Bei ihm war das „learning by doing.“ Er

entwickelte sich dann wirklich zu einem stabilen Faktor in der europäischen Politik. Auch absolut verlässlich. Er veränderte auch seine Beziehung zu Frankreich. Seine ursprüngliche Meinung war, der natürliche Partner Deutschlands in der europäischen Union wäre Großbritannien. Es gab sogar die Idee einer Art deutsch-britischen Achse. Gerhard Schröder hat dann aber gemerkt, dass es ohne Frankreich nicht geht. Also, er wurde ein Europapolitiker. Ob er ein wirkliches Konzept hatte, eine Vorstellung davon, wie Europa sich weiter entwickeln sollte, welche Vertiefungsschritte notwendig werden, was die nächsten großen Ziele sein sollten, da habe ich auch Zweifel. Er mochte die Währungsunion nicht. Von ihm stammt das Wort von der „schwächelnden Frühgeburt.“ Als er Bundeskanzler wurde, war die Währungsunion eine beschlossene Sache. Er konnte sie nicht mehr aufhalten. Aber geliebt hat er die Währungsunion nicht. Die Erweiterung war für ihn ursprünglich auch kein Thema. Aber er hat mich machen gelassen. In der Frage der Übertragung von weiteren Hoheitsrechten war er auch eher zögerlich. Ich würde nicht sagen, dass Schröder ein Anhänger der Idee eines föderalen Europas war. Er hat sich allerdings selten konzeptionell geäußert. Er war ein europäischer Pragmatiker, aber mit Format.

Bei Müntefering war Europa kein Thema. Er vertrat in der SPD einen sehr traditionellen Grundsatz: „Europapolitik verjagt die Wähler.“ Das ist eine Art „Mantra“ in der deutschen Politik, dass man mit europäischen Themen keine Wahlen gewinnen kann. Wohl aber kann man nach dieser Meinung mit europäischen Themen eine Wahl verlieren. Deshalb alle Parteien in Deutschland dazu neigen europäische Themen aus den Wahlkämpfen rauszuhalten. Das gilt auch für die Europawahlen. Europawahl in Deutschland war bisher immer vorgezogene Bundestagswahl. Das wird sich jetzt ändern. Ich denke, diese Zeiten sind jetzt vorbei. Aber Müntefering war in dieser Frage ganz klassisch. Und er war da auch ganz realistisch. Für die Mehrheit der SPD-Wähler ist Europa als Friedensprojekt selbstverständlich. Aber wirtschaftlich und sozial empfindet die Mehrheit der SPD-Wähler die EU eher eine Bedrohung. Sie empfinden Europa nicht als Fortschritt für sich selbst. Für die Mehrheit der SPD-Wähler und Arbeitnehmer ist „Europa“ eine Veranstaltung, die den großen Unternehmen nützt. Sie selbst aber die Arbeitnehmer einen schärferen Wettbewerb aussetzen. Ein klassischer SPD-Wähler, so Müntefering, hat Angst vor der Globalisierung und hat Angst vor der ökonomischen Integration Europas. Da hat er vollkommen recht. Das kann ich nur bestätigen. Das ist so. Das liegt an einer totalen Unfähigkeit der deutschen Politik zu erklären, welche positive ökonomische und soziale Auswirkungen beides, sowohl die Globalisierung auch die ökonomische Integration Europas, haben. Das ist eben so, dass die einkommensschwächere Schichten und bildungsferne Schichten nicht so nah Europa sind. Ich

glaube, das ist fast in allen europäischen Länder so. Das ist gar keine deutsche Spezialität. Deshalb war für ihn Europa niemals ein Priorität. Ich kann mich an keine konzeptionelle Vorschläge von Müntefering zum Thema Europa erinnern.

T. M.: Wie war das mit Oskar Lafontaine? Hatte er eine Vision?

G. V.: Ja, das war anders. Lafontaine hatte eine. Lafontaine hatte eine Vorstellung von einem starken Europa als ein Gegengewicht zu Amerika. Er hat sehr französisch gedacht. Und Lafontaine wollte auch ein starkes Europa als Gegengewicht zum „Kasino-Kapitalismus.“ Da muss man Lafontaine gut behalten, weil er das gesehen hat, schon im Jahre 98 99, diese Probleme. Und dann ist er auch sehr schnell gescheitert. Weil das nicht möglich war. Lafontaine schon. Lafontaine sah Europa in der eher französischen Tradition als Gegenentwurf zur Weltmacht USA. Vofür ich Sympathien habe.

T. M.: Die letzte Frage. In der Literatur kann man ganz oft eine Bemerkung finden, dass die Europapolitik eigentlich immer noch ein „Sonderthema“ für eine relativ kleine Gruppe der Parteiexperten ist. Stimmt das?

G. V.: Korrekt. Das ist vollkommen richtig. Über die allgemeinen Oberbekenntnisse hinaus, diese, die in jedem Grundsatzprogramm oder SPD-Wahlprogramm wibt's, ein allgemeines Bekenntnis zu Europa. Womit wir stolz darauf hinweisen, dass schon im Heidelberger Programm von 1925 die Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ war. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ waren aber nicht gemeint als ein europäischer Zentralstaat. Sondern da war eine engere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten gemeint. Das war kein „Modell USA.“ Also, über diese allgemeine Bekenntnisse hinaus ist vollkommen richtig, dass die praktische Oberpolitik eine Sache der Praktiker war und relativ wenig beachtet von der Parteien im übrigen. Das stimmt. Aber wie in allen Parteien ändert sich das natürlich im Augenblick. Weil es plötzlich klar ist, dass aus der europäischen Fragen politische und ökonomische Schicksalsfragen werden können.

T. M.: Vielen Dank für das Gespräch.